

# Das Nato-Manöver der SVP

Die Partei sagt Ja zum Atomwaffenvertrag, um Viola Amherds Annäherung an die Nato zu behindern.

Stefan Bühler

Die Diskussion läuft heiss: Wie lässt sich die Schweizer Armee möglichst bald aufrüsten? Der Armeechef fordert 20 000 Armeeinghörige mehr, die SVP will rasch mehr Geld für die Truppe lockermachen. Die Hektik hat einen Grund: Wladimir Putins Unberechenbarkeit, die Gefahr eines russischen Angriffs auf Europa und letztlich auch auf die Schweiz.

Nebst der Aufrüstung der eigenen Truppen ist für Verteidigungsministerin Viola Amherd ein weiteres Element zentral: die engere Zusammenarbeit mit der Nato. Ein Beitritt kommt zwar nicht infrage, das verbietet die Neutralität. Gemeinsame Übungen und kompatible Ausrüstung hingegen schon – damit im Extremfall eines Angriffs Schweizer Armeeinghörige Seite an Seite mit Partnern der Nachbarstaaten kämpfen können.

Der SVP ist diese weitere Annäherung an die Nato jedoch ein Dorn im Auge. «Als neutrales Land muss sich die Schweiz selber verteidigen können», sagt Aussenpolitiker Franz Grüter, «so steht es in der Bundesverfassung, dort ist die immerwähren-



Fabian Molina.



Viola Amherd.



Franz Grüter.

Bilder: Keystone

de bewaffnete Neutralität verankert». Mit einer Annäherung an die Nato befürchtet der Nationalrat, «dass der Druck in der Schweiz nachlassen würde, unsere Armee selber aufzurüsten. Zudem würde die Neutralität damit weiter geschwächt.»

## Bundesrat setzt Auftrag des Parlaments nicht um

Auf der Suche nach einem Instrument, um die Anlehnung an die Nato zu torpedieren, ist die SVP letztes Jahr fündig geworden: beim Atomwaffenverbot der UNO. Dieser will Nuklearwaffen grundsätzlich verbieten. Die Schweiz war bei der Ausarbeitung dabei, doch beigetreten ist sie nicht – und das ist eine Geschichte in der Geschichte.

Schon 2018 hat das Parlament eine Motion von Carlo Sommaruga (SP/GE) überwiesen, die den Beitritt fordert. Doch bis heute hat der Bundesrat den Auftrag nicht erfüllt. Er prüft und analysiert. Nun steht die nächste Runde an: Der Bundesrat werde bis zum Ende des ersten Quartals das Vorgehen festlegen, schreibt das Aussendepartement (EDA) auf Anfrage.

Diesmal wird die Diskussion unter neuen Vorzeichen stattfinden. Denn die SVP hat eine Kehrtwende vollzogen. Im Jahr 2018 lehnte die Fraktion im Nationalrat die Motion für den Beitritt noch klar ab. Nun sagt Nationalrat Grüter: «Wir sind jetzt für den Beitritt zum Atomwaffenvertrag, weil wir damit die Annäherung der

Schweiz an die Nato verhindern können.»

Die SVP gehe davon aus, dass für Vertragsstaaten Einschränkungen in der Zusammenarbeit mit Nuklearmächten, also auch der Nato, gälten, sagt er. Auch das Aussendepartement (EDA) kam 2018 in einer Analyse zum Schluss, der Beitritt der Schweiz zum Atomwaffenverbot könnte «Einschränkungen in relevanten Kooperationsfeldern» nach sich ziehen und sei sicherheitspolitisch «nicht ratsam».

Das war vier Jahre vor dem Überfall auf die Ukraine. Seither hat die Nato mehrfach bekräftigt, sie sei ein Nuklear-Bündnis. Und Vertreter aus Nato-Staaten argumentieren mit der nuklearen Abschreckung, um Putin vor

weiteren Angriffen in Europa abzuhalten. Kein Nato-Mitglied ist dem Atomwaffenverbot beigetreten. Die Nuklearmächte, darunter Frankreich und Grossbritannien, schon gar nicht.

Sollte sich der Bundesrat im März trotzdem für den Beitritt entscheiden, würde er damit «die Sicherheitsdoktrin der für die Schweiz relevantesten Partner nicht nur in Frage stellen», wie es schon in der Analyse von 2018 heisst, sondern «mittels einer Stigmatisierungsagenda» diese Partner sogar «direkt angreifen». Dass dies die Zusammenarbeit mit der Nato und ihren Mitgliedern erschweren würde, liegt auf der Hand.

## Was wollen Rösli und Parmelin?

Genau darauf spekuliert die SVP. Dafür nimmt die rechtskonservative Partei selbst eine Allianz mit Linken und Friedensorganisationen in Kauf. Zum Beispiel mit der Internationalen Kampagne zur atomaren Abrüstung (Ican), die 2017 den Friedensnobelpreis erhielt. Sie will noch im April in der Schweiz eine Initiative für das Atomwaffenverbot lancieren.

SP-Aussenpolitiker Fabian Molina erklärt auf Anfrage, es

freue ihn, «dass die SVP die Bedeutung der atomaren Abrüstung für die Sicherheit der Schweiz erkenne». Denn «ein Verbot von Atomwaffen ist der einzige Weg, um die Gefahr eines zerstörerischen Atomkrieges dauerhaft zu bannen». Es gebe «keinen «atomaren Schirm» der Nato», führt Molina aus: «Bei einer atomaren Eskalation gibt es nur Verlierer.» Gleichwohl kalkuliert man selbst in der SP den Schutzfaktor Nato nach Bedarf ein. So erklärte Nationalrat Pierre-Alain Fridez diese Woche im Westschweizer Fernsehen: In Estland würde er sich Sorgen machen, aber: «Bei uns in der Schweiz, mitten im Dispositiv der Nato, gibt es nicht viel zu befürchten.»

Wenn nun also der Bundesrat bis im März über das weitere Vorgehen berät, stehen vorab die SVP-Magistrate Albert Rösli und Guy Parmelin unter Beobachtung. Machen sie die Kehrtwende ihrer Partei mit und sagen Ja zum Atomwaffenverbot? Wobei auch die Position von Viola Amherd, der Verteidigungsministerin, nicht eindeutig ist: 2018 stimmte sie als Nationalrätin der Motion für ein Atomwaffenverbot noch zu.

## Der Täter wollte Geld erpressen

Nach einer Bombendrohung kommt es zu einem Polizei-Grosseinsatz beim Bundesasylzentrum Glaubenberg.

Kari Kälin

Das Berghotel Langis liegt wenige 100 Meter vom Bundesasylzentrum Glaubenberg entfernt. Am Montagabend erhält es um 19.30 Uhr einen Anruf von der Kantonspolizei Obwalden: Bombenalarm im Bundesasylzentrum. Etwa eine Viertelstunde später beherbergt das Hotel rund 240 Asylsuchende und die BAZ-Mitarbeitenden: Hier, auf knapp 1500 Metern über Meer bei einem Wander- und Langlaufparadies ob Sarnen, sind sie in Sicherheit.

Stephan Thalmann ist seit 2008 Wirt und Eigentümer des Berghotels. Gläser, Messer, spitze Gegenstände werden als Vorsichtsmassnahme weggeräumt. Die Hotelcrew versorgt die Asylsuchenden mit Sandwiches und Getränken. Sicherheitskräfte sorgen dafür, dass sie nicht zu den Hotelzimmern gelangen. Nach und nach schreitet die Evakuierung voran. Bis Mitternacht bringt ein Car nach dem anderen die Asylsuchenden in die nahe gelegenen BAZ nach Emmen und Eigenthal im Kanton Luzern. Bis tief in die Nacht helfen BAZ-Mitarbeitende im Hotel bei den Reinigungsarbeiten. Thalmann lobt ihren Einsatz ebenso wie jenen der Sicherheitskräfte: «Sie haben tolle Arbeit geleistet.»

Seinen Lauf nimmt das Drama, nachdem BAZ-Mitarbeitende am Montagabend eine schriftliche Bombendrohung entdeckten. Der Urheber ist noch nicht

ermittelt. Gemäss Recherchen von CH Media verlangte er 15 000 Franken – ansonsten werde das BAZ in die Luft gejagt.

## Spürhunde finden keinen Sprengstoff

Die Drohung löst einen Grosseinsatz aus. Die Feuerwehr Sarnen rückt aus, auch der Rettungsdienst ist vor Ort. Wie viele Polizisten im Einsatz stehen, verrät die Kantonspolizei Obwalden nicht. Gemäss Recherchen von CH Media sind es Dutzende. Spezialisten der Kantonspolizeien Nidwalden, Luzern, Zürich und Bern leisten Unterstützung. Spürhunde durchsuchen das Bundesasylzentrum die ganze Nacht auf Sprengstoff. Nach einer Feinsuche erfolgt am Dienstag die Entwarnung: Das BAZ kann wieder bezogen werden. Im Verlauf des Nachmittags bringen die Cars die Asylsuchenden auf den nebelverhangenen Glaubenberg zurück. Im Hof erholen sie sich beim Zigarettenrauchen vom Schreck.

Justizminister Beat Jans dankte der Polizei und der Feuerwehr für den «raschen und professionellen Einsatz», wie das Staatssekretariat für Migration am Montagmorgen mitteilte. Noch nie zuvor kam es in einem BAZ zu einem Bombenalarm.

Der Bombenalarm auf dem Glaubenberg reiht sich ein in eine Serie von Vorfällen rund um BAZ, die zu Polizeigrosseinsätzen führten. Anfang Februar hielt ein iranischer Asylsuchender aus dem Bundesasylzentrum Boudry



Nebelverhangen am Tag nach der Bombendrohung: das Bundesasylzentrum Glaubenberg. Bild: Kari Kälin

NE an einem Abend zwölf Passagiere und den Lokomotivführer in einem Regionalzug als Geiseln. Beim Polizeieinsatz wurde der Geiselnnehmer getötet.

Im vergangenen Dezember schrie ein algerischer Asylbewerber aus dem BAZ Boudry auf einem Pausenplatz in Cortaillod «Allahu akbar» und löste damit einen Anti-Amok-Alarm aus. Der Mann wurde unterdessen im Rahmen des sogenannten Dublin-Verfahrens nach Deutschland abgeschoben.

Dazu klagten die Menschen in Boudry über viel Kleinkriminalität. In Obwalden tönt es nicht anders. Auch im Berghotel Langis haben Asylbewerber schon Geld gestohlen, sagt Eigentümer Stephan Thalmann. Im ÖV kommt es zu Belästigungen. Ein Post-Sprecher sagte etwa gegenüber Tele 1 und Pilatus Today, dass Asylsuchende, die mit dem Postauto von Sarnen auf den Glaubenberg unterwegs sind, bisweilen alkoholisiert seien, die Fahrzeuge ver-

schmutzten und sich respektlos gegenüber dem Fahrpersonal verhielten. Die Obwaldner Regierung sprach in der Antwort auf einen SVP-Vorstoss neulich von einer «hohen Ereignisdichte» im Zusammenhang mit dem BAZ Glaubenberg, «oft konzentriert auf ein paar wenige Asylsuchende».

Etwa dreimal pro Monat muss die Polizei zum BAZ Glaubenberg ausrücken. Oft verwickelt in die Streitereien sind Personen mit Suchtverhalten und

psychischen Problemen. Im letzten Mai etwa waren 60 Personen in eine Auseinandersetzung involviert. Es wurden Messer gezückt, Steine flogen. Ein Stein traf einen Kurden am Auge, sodass er sich in Spitalpflege begeben musste.

## Obwaldner Nationalrätin will Antworten

Bundesrat Beat Jans verschärft die Gangart im Asylbereich. Bei einem Besuch des BAZ in Chiasso kündigte er letzte Woche an, die 24-Stunden-Verfahren für Asylsuchende mit praktisch null Aussichten auf einen positiven Entscheid auf alle Bundesasylzentren mit Verfahrensfunktion auszudehnen. Bis jetzt wurden die Verfahren, die vor allem Menschen aus den Maghrebstaaten betreffen, probenhalber im BAZ Zürich durchgeführt. Zudem will Jans die Zusammenarbeit zwischen den Migrations- und den Strafverfolgungsbehörden verbessern.

Zum Bombenalarm auf dem Glaubenberg muss Jans schon nächste Woche öffentlich Stellung nehmen. Die Obwaldner SVP-Nationalrätin Monika Rügger will in der Fragestunde unter anderem wissen, ob die 24-Stunden-Verfahren auch für die Asylsuchenden auf dem Glaubenberg angewendet werden und wie viele Asylsuchende ohne Aussicht auf einen positiven Entscheid dort untergebracht sind. Rügger sagt: «Die Bevölkerung fühlt sich im Stich gelassen.»